Nummer 65 — Halle, Dienstag, den 18. März 1924 — 59. Jahrgang — Straßenverkauf: 100 Milliarden.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Der Postbezugspreis beträgt 2.— Goldmark ohne Bestellgeld. Bezugskündigungen sind stets zehn Tage vor Monatsbeginn zu erklären. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Preise sind freibleibend. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stecker, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

In Sturmzeit neugeboren.

Ein neuer Abschnitt in der Geschichte der „Saale-Zeitung".

Halle, den 17. März 1924.

Ein neuer Abschnitt in der Geschichte der „Saale-Zeitung", des alten Blattes des hallischen Bürgertums und des gewerblichen und geistigen Mittelstandes in Stadt und Land unserer mitteldeutschen Heimat, soll heute beginnen. Äußerlich ist ihr Gewand neu und innerlich kehrt sie zurück, heute in deutscher Sturm- und Notzeit, zu dem Geiste, in dem sie einst vor 50 Jahren an Bismarcks Seite für Deutschlands Freiheit, Einheit und Zukunft focht. In Geiste Bismarcks soll sie auch heute kämpfen und nur ein Ziel kennen: Das **Vaterland**, Freiheit von deutschem Land und Volk, Befreiung von der Versailler Lüge und der Versailler Schmach und Lösung der Fesseln, die der Erbfeind uns angelegt hat! Einheit in der deutschen Länder und deutschen Stämme, Einigkeit und Frieden im deutschen Hause, zwischen Stadt und Land, Geistes- und Handarbeiter, Erzeuger und Verbraucher! Achtung und Recht jedem Staatsbürger, ob Arbeiter, ob Unternehmer, Bauer oder Knecht! Das Reich, der Staat über alles trotz Revolutionserrungenschaften, trotz wirtschaftlichen Elends, trotz sittlicher Verkommenheit. Das soll die politische Richtschnur der „Saale-Zeitung" sein, wie sie Richtschnur war der Partei der Reichsgründung, der alten nationalliberalen Partei, und Richtschnur ist der **Partei der Reichserhaltung**, der politischen Erbin jener Bismarckpartei, der Deutschen Volkspartei.

*

Wir wissen uns im Ziel einig mit vielen anderen Deutschen, gleich welches Parteiglaubensbekenntnis sie abgelegt haben, aber wir wissen auch, daß sich die Wege zum Ziel getrennt haben, leider getrennt haben, weil Unvernunft, Trägheit und Lauheit auf der einen, Parteieigennutz und Kurzsichtigkeit auf der anderen, auf Deutschlands Dornenweg von der Revolution über Versailles bis zur Reichstagsauflösung vor wenigen Tagen fast unüberwindliche Hindernisse türmten. Der Hitlerprozeß in München legt Zeugnis ab dafür, daß nationale Männer, wenn auch aus heißer Liebe zum Vaterlande, im Begriff waren, das Vaterland an den Rand des Unterganges, des Zerfalls der Reichseinheit und der weiteren Ueberschwemmung mit Feindtruppen zu bringen. Der Zeignerprozeß in Leipzig ist ein Menetekel für jeden, der glaubt, internationale Weltverbrüderung oder der Irrwahn Sozialismus und Kommunismus könnten Deutschland aus politischer Knechtschaft und das deutsche Volk aus wirtschaftlicher Not befreien. Wir haben es erlebt im Laufe von fünf Jahren: Sie führen zu nationaler und moralischer Verlumpung. Sie lehren das Volk den höchsten Mammon allein anbeten, sie wollen uns vergessen machen, daß wir Deutsche, Brüder eines Volkes sind. Lassen wir die Warnung, die München und Leipzig uns zurufen, nicht ungehört verhallen. Wir wollen frei werden und wollen einig bleiben, wir wollen das Bismarckreich unter schwarz-weiß-roter Fahne zu neuer Blüte erstehen lassen, ja wir wollen, wenn dermaleinst die Zeit und das deutsche Volk herangereift sind, den deutschen Kaiser, aber wir wollen dabei einen Weg beschreiten, der gangbar ist und der nicht in ein neues, noch größeres Tal nationalen Unglücks führt.

*

Vier Monate sind vergangen, daß die Rentenmark der Regierung Stresemann die ersten zarten Keime zur wirtschaftlichen Gesundung pflanzte. Wir alle haben darüber den Augenblick begrüßt, der uns von dem furchtbaren Marksturz befreite. Aber nicht alle wollen ehrlich bekennen, daß diese Befreiung von jedem Einzelnen mit Opfern erkauft werden muß, ja daß Opferbereitschaft und treue ehrliche Pflichterfüllung eines Jeden an seiner Stelle überhaupt die Voraussetzungen sind, um nicht die ersten, spärlichen Ansätze zu wirtschaftlichem und nationalem Wiederaufstieg zu unterdrücken. Dieses Bekenntnis ist heute nicht das Bekenntnis zu einer einzelnen Parteiregierung, nicht das Bekenntnis, daß alles nun ohne Fehl und Tadel ist, was uns in den letzten Monaten von der Regierung beschert wurde, aber es bedeutet nichts anderes als den **Kampf des reinsten Pflichtgefühls, der treuesten Hingabe an das Vaterland** gegen die vaterlandslose, revolutionäre Selbstsucht. Wir treten heute, wo die „Saale-Zeitung" in einen neuen Abschnitt ihrer sturmumtobten fast 60jährigen Geschichte eintritt, gerade diesen vaterländischen Gedanken heraus und mahnen heute, wie die „Saale-Zeitung" vor gerade 50 Jahren zum Geburtstag unseres alten Heldenkaisers, des Schirmherrn jeglicher Mannestugend für den ehrlichen deutschen Mann vom Palast bis zur Hütte":

„Wir müssen von dem resignierenden Ernst und der Einfachheit des Privatlebens unseres Kaisers und Königs das lernen, was auch den ärmsten Arbeiter allein retten kann: **Pflichttreue, Einsicht und Beschränkung.**"

*

Schicksalswochen schlechthin liegen vor uns. Wo steht der Feind? Er steht nicht rechts, wie Wirth nach dem Mord an Rathenau ausrief: es ist aber auch falsch, zu sagen, er steht allein links. Eine Welt trennt uns von der Sozialdemokratie; aber so groß, breit und tief auch diese trennende Kluft ist, eins wollen wir nicht vergessen: alle Deutschen haben noch einen gemeinsamen Feind, der draußen steht!

Kampf um Poincares Finanzreform.

Abermals die Vertrauensfrage.

Die Finanzdebatte im Senat.

Paris, 16. März. Im Senat wurde Sonnabend nachmittag die Debatte über die Finanzmaßnahmen fortgesetzt. Artikel 2, der besagt, daß bis Ende 1924 keine neuen Beamteneinstellungen erfolgen dürfen, wurde nach kurzer Diskussion angenommen. Auch Artikel 3, betreffend die 20proz. Steuervermehrung, gelangte zur Annahme. In Beantwortung einer Anfrage des Generals Hirschauer erklärte Poincaré, daß die Auswirkungen der neuen Steuern den zuständigen Personen bereits mitgeteilt worden seien. Die Regierung werde nichts unterlassen, um das Publikum in weitgehendem Maße aufzuklären. Andererseits beabsichtigt sie, gegen die Geschäftsleute, die auf Grund der 20proz. Steuervermehrung ihre Preise in die Höhe treiben, unnachsichtig vorzugehen. Im übrigen seien die neuen Steuern nur als Vorschüsse aufzufassen, die Frankreich von seinen Schuldnern zurückverlangen werde. Bei dieser Gelegenheit versicherte Poincaré erneut, daß

das Ruhrpfand nur gegen positive Zahlungen aus der Hand gegeben werde.

Sobald die Lage wieder normal geworden ist, werde sich die Regierung der kinderreichen Familien annehmen. Die Geburtenfrage verdiene allergrößte Beachtung und stehe im Vordergrunde seines Programms. Zuschüsse an kinderreiche Familien könnten im Augenblick nicht bewilligt werden, da die Frage im gegebenen Augenblick von der Regierung sorgfältig geprüft werden wird. Der Senat hat auch Sonntag nachmittag getagt. Zur Sprache gelangte hauptsächlich Artikel 26, der die Abschaffung des Streichholzmonopols vom 2. August 1872 vorsieht. Die Kammer hat ihn angenommen, die Finanzkommission ebenso wie einige andere Artikel, die sich auf Abschaffung des Streichholzmonopols beziehen, gegen 3 Stimmen verworfen. Zu Beginn der Sitzung beantragte Senator Weiller in Form eines Amendements die Annahme des von der Kammer ausgearbeiteten Textes. Nach einer Intervention des Berichterstatters der Kommission, Beranger, sowie des Finanzministers beantragte der Senator Doumer die Ablehnung des Amendements. Die Lesetexte stellte darauf

die Vertrauensfrage.

Das Amendement wurde mit 163 gegen 113 Stimmen abgelehnt. In der Debatte hielt Senator Perrier eine aufsehenerregende Rede, in der er geheimnisvolle Anspielungen auf ein Konsortium machte, das beabsichtige, das Tabakmonopol an sich zu reißen. Perrier erging sich in heftigen Kritiken gegen den Finanzminister, dessen Haltung, in dieser Angelegenheit zu allem Argwohn Anlaß gebe. Lebhafter Widerspruch im Zentrum.

Der kritische Punkt.

Verzögerung der Sachverständigenarbeit.

Paris, 16. März. Gestern hielt der zweite Sachverständigenausschuß, der sich mit der Kapitalflucht beschäftigt, Sitzungen ab, um mit der Vorbereitung des Berichts zu beginnen, den er der Reparationskommission erstatten wird. Man glaubt, daß dies noch diese Woche möglich sein wird. Dagegen dürften wohl noch zwei Wochen vergehen, ehe der erste Ausschuß die Schlußredaktion seines Berichts fertigstellen kann. Wenn auch die meisten Fragen durchberaten sind (Emissionsbank, Eisenbahnen, Anleihe, deutsches Budget), bleibt doch noch immer eine übrig, die gelöst werden soll, wie nämlich Frankreich dazu gebracht werden könnte, den Vorschlägen der Sachverständigen seine Zustimmung zu geben.

*

Der Pariser Korespondent der „New York World" glaubt zu wissen, daß Poincaré seine Zustimmung unter der Bedingung geben würde, daß Deutschland die Kohlenbergwerke im Ruhrgebiet, die deutsches Staatseigentum sind, an Frankreich abtrete. Es ist nicht bekannt, auf welche Quelle diese Information zurückzuführen ist. Mit den deutschen Delegierten, die eine private Fühlungnahme mit den Mitgliedern der Sachverständigenausschüsse unterhalten (Saatssekretär Bergmann und Fischer) ist über einen derartigen Kuhhandel bisher nicht gesprochen worden. Es wird abzuwarten sein, ob dieser für Deutschland völlig unannehmbare Antrag wirklich von den Sachverständigen erwogen wurde.

Coolidge für Anleihen an Europa.

London, 17. März. Reuter meldet aus Washington: Obgleich die Bankiers die Zustimmung des Präsidenten Coolidge für die Gewährung von Krediten an Frankreich nicht eingeholt haben, ist Coolidge doch der Ansicht, daß Anleihen dieser Art, die ausländischen Regierungen gewährt werden, ermöglicht werden sollten. Er ist der Ansicht, daß der Wiederaufbau Europas unterstützt werden müsse, weil es der Vorteil der ganzen Welt sei, und hauptsächlich, weil Europa Amerika Millionen von Dollar schulde, die es nur dann leicht zurückzahlen könne, wenn seine Wirtschaft wieder auflebe.

Der Münchener Prozeß.

München, 16. März. In der Vormittagssitzung am Sonnabend wurden zunächst mehrere Zeugen vernommen, u. a. der Gymnasialprofessor Bauer, der Vorsitzende der Kahrschen vaterländischen Verbände, zum Schluß unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Zuvor verkündete der Vorsitzende folgenden Gerichtsbeschluß:

Der Zeuge General v. Lossow wird wegen unentschuldigten Fernbleibens zu den dadurch entstandenen Kosten, ferner zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt.

Von einer zwangsweisen Vorführung des Generals Lossow, wie sie die Verteidigung verlangt hatte, oder von einer erneuten Zeugenladung verlautet in dem Gerichtsbeschluß nichts.

Um 12 Uhr wird die Oeffentlichkeit wiederhergestellt und in die Vernehmung des Generals Danner, des Münchener Stadtkommandanten, eingetreten. Zeuge berichtet über die Vorgänge in der Stadtkommandantur in der Nacht auf den 9. November. Lossow sei außerordentlich zornig gewesen und habe sich in den schärfsten Worten geäußert über den „hundsgemeinen Ueberfall". Vorl.: Sie haben also den Eindruck gehabt, daß Lossow niemals ernstlich mitmachen hat? Danner: Den Eindruck mußte ich haben und ich mußte deshalb annehmen, daß der Befehlshaber so eingestellt war, wie er auch am Tage vorher eingestellt war. Bei der Offiziersbesprechung am 7. November hatte Lossow die Einstellung der Reichswehr einer Putschgefahr gegenüber schon dahin beleuchtet, daß in diesem Falle die Reichswehr dagegenstehen werde. — Die Verteidigung kommt jetzt eingehend auf die Frage des Waffengebrauchs am 9. November mittags bei der Residenz zu sprechen. General Danner erklärt mit aller Entschiedenheit, daß der ausdrückliche Wille bestand, unter allen Umständen ein Blutvergießen zu verhüten. Wir hatten die Meldung erhalten, daß ein bewaffneter Zug im Anmarsch sei.

Ein positiver Befehl zum Schießen

wurde nicht gegeben. Die Frage, ob man nicht zweckmäßig einen Parlamentär nach dem „Bürgerbräukeller" hätte schicken können, beantwortete Danner damit: Das war nicht meine Sache, das war Sache des Befehlshabers. Als der Zug in die Stadt untermegs war, wurde er uns als bewaffneter Zug gemeldet.

Als letzter Zeuge wird der Stadtrat Rechtsanwalt Nußbaum über die Vorgänge im Rathaus am Marienplatz und insbesondere über die Geiselverhaftungen vernommen. Der Zeuge schildert, wie am 9. November vormittags ein Zug bewaffneter Nationalsozialisten in den Sitzungssaal des Rathauses eindrang. Wir wurden aus dem Rathaus auf den Marienplatz geführt, dort beschimpft, bespuckt, gestoßen, geschlagen und dann zum „Bürgerbräukeller" gebracht. Während wir dort standen, kam Hitler, der in einer Entfernung von etwa zehn Meter vor uns stand und zu uns hinüberlief. Darauf wurden wir in die Gruppen gestellt, die zum Marsch in die Stadt bestimmt waren. Vor unseren Ohren wurde erklärt: Wenn die Reichswehr schießt, dann werden die Gefangenen nicht niedergeschossen, dann werden sie einfach niedergeschlagen.

Der Vorsitzende verliest einen vom 15. März datierten

Brief des Generals von Lossow,

der zu den Aussagen des Angeklagten Hitler am gestrigen Nachmittag Stellung nimmt. Es heißt darin u. a.: Die mit Hitler zusammengeschlossenen Kampfverbände wollten die Maiseier der Sozialdemokraten unter allen Umständen unmöglich machen. Die Herren verlangten von mir für ihre Zwecke die Herausgabe von Waffen. In Anbetracht der Lage am 30. April habe ich die Forderung abgelehnt. Ich hätte töricht oder verbrecherisch sein müssen, wenn ich als Träger der faktischen Macht diesen Leuten Waffen in die Hand gegeben hätte. Nur ein ganz törichter Mensch kann in einem Verhalten am 30. April Vorbruch oder Ehrenwortbruch erblicken. Hitler erklärt hierzu: Ich bedauere noch einmal, daß mir gestern das Wort entfahren ist. An der Sache selbst ändert das aber nichts. Der Herr General hat sein Wort gegeben, aber nicht gehalten, also gebrochen. Rechtsanwalt Gademann stellt den Antrag, den Beschluß des Gerichts durch die zweite Verurteilung Lossows zu einer Geldstrafe dahin zu ändern, daß gleichzeitig ein Vorführungsbefehl erlassen wird. Die nächste Sitzung findet Montag 1/2 9 Uhr vormittags statt.

Die Schuld des Bürgertums.

Von Dr. Carl Cremer, M. d. R.

Mehr als fünf Jahre liegen zwischen der Novemberrevolution und dem heute. Die Hoffnungen der Revolution sind zerbrochen. Die Verzweiflung beherrscht am meisten die Schichten, welche sich als Träger dieser Revolution fühlten. Sie löst die einen in dumpfen Verzicht verfinsta, trieb die anderen in die Gefolgschaft Moskaus, zur Wegbereitung neuen Umsturzes. Sie sprengt die in mühevoller Kleinarbeit eines Menschenalters aufgebauten politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft. Nachdem es feststeht, daß die Revolution von 1918 sich an der Mittelmäßigkeit ihrer Führer festgelaufen hat, richten sich auch die Blicke der sozialistisch erzogenen Teile der Arbeiterschaft hinüber zu dem verächtlich beiseitegeschobenen Bürgertum, dort nach neuen Programmen und neuen Männern Ausschau zu halten.

Das deutsche Bürgertum in Stadt und Land trägt sein vollgerütteltes Maß von Mitschuld an dem Zusammenbruch von 1918. Es hat in großen Teilen die Abkehr von Bismarck, an der das Kaiserreich zugrunde ging, schwächlich geduldet, ja sogar zugleich mitgemacht. Es hat versäumt, zur rechten Stunde dem „neuen Kurse" Halt zu gebieten, und das seiner Bedeutung entsprechende Maß von Mitbestimmung und Mitverantwortung in Anspruch zu nehmen. Es hat sich gedankenlos dem bequemen Alleingelt der materialistischen Weltanschauung hingegeben, und sich dadurch seiner Pflicht entzogen, den Massen sittlich Führung und Vorbild zu sein. Als die Revolution ausbrach, trieb innere Haltlosigkeit und moralische Feigheit weiteste Kreise des Bürgertums zur Verleugnung ihrer Vergangenheit und an die Seite der Lodfeinde der bürgerlichen Gesellschaft. Die meisten haben sich inzwischen aus dieser widernatürlichen Verbindung wieder gelöst, nachdem sie die Impotenz der Revolution gefühlt oder erkannt hatten. Ihre Gesinnungs- und Urteilslosigkeit ist nicht geringer geworden, und es ist zu erwarten, daß sie eines Tages eine ebenso leichte Beute der Konterrevolution sein können, wie sie es für die Revolution waren. Auf diese Teile des deutschen Bürgertums wartet die deutsche Arbeiterschaft vergebens, wenn sie noch nach Wiedergeburt und Neugestaltung des deutschen Volks sehnt.

Die Wiederherstellung der Zustände, wie sie vor 1918 waren, ist eine geschichtliche Unmöglichkeit. Das Genie Bismarcks, heute neu zur Tat gerufen, würde mit beiden Füßen auf den Boden der Gegenwart treten, wie sie ist, und neue Wege zum Ziele beschreiten, neue Formen für die Wiederherstellung von Einheit und Größe des deutschen Volkes finden. Das Zeitalter von 1920 ist anders als das von 1860, wie das Deutschland von 1860 anders war, als das von 1800. So begreiflich, ja, so notwendig es ist, aus der seelischen Beschäftigung mit dem Reiche Bismarcks in Entstehung, Glück und Ende Mut und Zuversicht für den Kampf um das neue Reich zu gewinnen, so wenig darf die Erinnerung an das alte Reich dazu verleiten, das Heil Deutschlands in der Rückkehr zur Vergangenheit zu suchen. Daß dies dennoch geschieht, erklärt zum großen Teil den beklagenswerten Riß, der sich zwischen denjenigen auftut, die heute die letzte Hoffnung des deutschen Volkes darstellen, ein Riß, den zu überbrücken eine unserer vornehmsten Aufgaben sein muß.

Mitten in den Stürmen der Revolution, unter den Keulenschlägen des Zusammenbruchs haben wir die Fahne der Deutschen Volkspartei entfaltet, und unversagt vorangetragen. Wir haben uns nie der Revolution gebeugt, aber vorbehaltlos aus der durch die Revolution geschaffenen Lage den Schluß gezogen, die politische Aufgabe des deutschen Bürgertums in dieser neuen Zeit mit den gegebenen Mitteln dieser Zeit zu erfassen und zu lösen. Noch einmal ist das deutsche Bürgertum berufen, neben der wirtschaftlichen auch die soziale, politische und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes leitend zu bestimmen, nicht aber im Sinne einer Verankerung oder Wiederherstellung von Vorrechten und „gottgewollten Abhängigkeiten", sondern im Sinne der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Köpfe und Hände, um über die Arbeitsgemeinschaft der Gelambeit zur Volksgemeinschaft zu gelangen. Die Zusammenfassung aller deutschen Kräfte im Innern muß ihre Unterordnung unter einen gemeinsamen sittlichen Willen finden, um dem deutschen Volke die Wiedergewinnung seiner Einheit und äußeren Geltung zu verhelfen. Das dieses Ziel nicht am Verhandlungstisch zu verwirklichen ist, steht für uns unbedingt fest. Aber unser sittliches Verantwortungsgefühl zwingt uns, den Zeitpunkt der Tat in kühlster Berechnung der Zeitumstände zu nähen und nicht durch überwallendes Gefühl zur Unzeit uns aufwinden zu lassen.

So erklärt sich die Einstellung der Deutschen Volkspartei zu den großen Problemen deutscher Gegenwart, ihr Wille zu praktischer Zusammenarbeit mit allen, die guten Willens sind. Wenn Enttäuschungen uns nicht erspart geblieben sind und wir auch in den letzten Monaten bedauernd erkennen mußten, daß der politische Gesundungsprozeß unseres Volkes sich noch nicht in dem erwarteten Maße entwickelte, so kann uns dies nimmermehr in unserem Glauben an die Zukunft Deutschlands und die Richtigkeit des von uns eingeschlagenen Weges erschüttern. Aus den Gräbern der Vergangenheit, aus den Tränen und Entbehrungen der Gegenwart, sprießen heute die Anfänge einer besseren Zeit empor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240318011/fragment/page=0001

Zeigner-Prozeß.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Leipzig, 15. März.

Hier geht es nicht um große Dinge. Hier ist kein Ringen um Recht und Wahrheit. Hier steht der Schmied Möbius als Mitangeklagter Zeigner. Es dreht sich um Mehlschiebungen, Erpressungen, Begnadigungen gegen Bezahlung. Gestern nach-mittag erzählte Dr. Zeigner dem aufhorchenden Gericht, wie man in Sachsen Ministerpräsident wurde. Der junge Staatsanwalt geht 1919 zur Sozialdemokratischen Partei. Eines Tages kommt Buck und Zeigner nach Leipzig und fragt ihn, ob er Justizminister werden wolle. Zeigner nimmt dann an. Er steigt schnell und schneller zu höchsten Würden. Sein Steigen bedeutet, daß Sachsen in das Chaos gerissen wird, und das Reich an dem Rand des Verderbens steht. Sein Steigen bedeutet, daß Reichswehr marschieren muß, und daß in Bayern die große Gegenwehr zur Auslösung kommt. Dann rollt der Fall an Fall vorüber. Das Bild immer so, daß Möbius seine Bekanntschaft zu Zeigner ausnutzt. So wie er früher an Mehl- und Kartoffelschiebungen verdient hat, will er jetzt an Begnadigungsversuchen verdienen. Schwer zu entscheiden, wie weit seine Belastung nach dem Strafgesetzbuch geht. Seine moralische Belastung wächst mit jedem neuen Zeugen. Als Entschuldigung etwa kommt zur Sprache, daß der Schmied und Mehlschieber Möbius die Strafakten eines Zeugen in der Wohnung Zeigners in die Hand bekommen habe, ohne daß Zeigner es wußte. Sonderbare Entschuldigung für einen Justizminister. Wie eine kleine politische Sensation wirkt die Erörterung der Art, wie Zeigner als Justizminister die Begnadigungen ausübte. Er gibt offen zu, daß er das geltende Recht zugunsten einer sozialdemokratischen Rechtsauffassung durch die Gnadenakte — er soll neunzehnhundend Begnadigungen ausgeübt haben — verändert habe. Alle Hölz-Anhänger wurden zum Beispiel prinzipiell begnadigt. „Die Disharmonien des geltenden Gesetzbuches werden ausgeglichen." Kein Wunder, daß während dieses Prozesses an den Häusern Leipzigs kleine kommunistische Handzettel kleben: „Befreit Zeigner und Hölz!" Wie auch der Prozeß in dieser peinlichen Atmosphäre von Schiebungen, Verstößen und sozialdemokratischen Phrasen verläuft, die Figur Zeigners zeigt sich jetzt auch für alle die, die ihn bisher nicht deutlich erkennen konnten, plastisch genug. Riesengroß aber hinter seiner Schuld steht die Schuld der Sozialdemokratie, die ihn zum Ministerpräsidenten machte. Ob ein Fall mehr oder weniger Belastung bringt, spielt demgegenüber kaum noch eine Rolle; aber es gibt genug Dinge, die auch die geschickte Verteidigung nicht wegleugnen, die auch Zeigner, der sich an diesem zweiten Tag lebhafter als an dem ersten verteidigte, nicht aus der Welt schaffen kann.

*

Im Gegensatz zu dem starken Andrang am ersten Verhandlungstag gegen den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner sind Sonnabend die Bänke im Zuschauerraum nur mangelhaft besetzt. Die Vernehmung im Fall Trommer wird fortgesetzt. Der Angeklagte Dr. Zeigner erklärt, sein intimes Verhältnis zu Möbius habe durch, daß er ihm mit Rücksicht auf die früheren Mehlschiebungen nicht fögartig entgegenkommen durfte, die zahlreichen Besuche in seiner Wohnung führt er darauf zurück, daß ihm die häufigen Telephonanrufe im Ministerium unangenehm waren, so daß er statt dessen Möbius lieber in seine Wohnung bestellt habe. Nach einer kurzen Pause ereignet sich

eine kleine Sensation.

Oberstaatsanwalt Dr. Schlegel erhebt sich und benennt einen Zeugen dafür, daß bei dem Train-Bataillon 19 die Verbrennung von Akten mehrfach vorgekommen sei, und zwar nicht unentgeltlich. Einer der Verteidiger Zeigners fragt, ob das heißen solle, durch Dr. Zeigner, worauf der Oberstaatsanwalt mit „Ja" antwortet. Der Oberstaatsanwalt teilt darauf mit, daß der Zeuge sich in einem Zimmer der Staatsanwaltschaft im Gerichtsgebäude aufhalte. Dr. Zeigner erklärt, daß er bei keiner anderen Aktenvernichtung in Frage komme. Der Zeuge wird dann herbeigeführt und vernommen. Es handelt sich um den Kaufmann Norbert Weiner. Er gibt an, daß er nicht freiwillig gekommen ist, sondern von der Staatsanwaltschaft telegraphisch herbeigerufen wurde. Er war 1918 beim Train-Bataillon 19. Es hat in dieser Zeit ein Verfahren darüber geschwebt, ob er mit einem Feldwebel in Chemnitz Durchstechereien gemacht habe. Dieses Verfahren sei unbegründet gewesen. Zeigner, der damals juristischer Arbeiter beim Trainbataillon war, habe ihn um eine Aussprache gebeten, in der das Dienstverhältnis — Zeigner sei Gefreiter und der Zeuge Unteroffizier gewesen — nicht gelten sollte. Zeigner habe ihn nach dem erwähnten Verfahren gefragt und bemerkt, die Sache müsse aus der Welt geschafft werden.

Wenn Weiner 3—5000 Mark flüssig machen könnte, so könnten die Akten beseitigt werden.

Weiner sei darauf nicht eingegangen, da er ein gutes Gewissen gehabt hatte. Später habe Weiner sein Erlebnis auf dem Bureau der ihm nahestehenden Deutschen Volkspartei erzählt, und es auch dem Justizminister Winger vorgetragen. Der Zeuge erklärt, Dr. Zeigner bestimmt wiederzuerkennen. Rechtsanwalt Frank beantragt, den Major Trommer, früher beim Train-Bataillon, als Zeugen zu vernehmen. Dr. Frank fordert weiter die Ladung des Justizministers Winger, des Rechtsanwalts Von-Chemnitz u. a. Der Oberstaatsanwalt Dr. Schlegel stellt fest, daß Major Trommer im Auslande, wahrscheinlich in der Schweiz, sich aufhalte. Darauf tritt die Mittagspause ein. Bei Beginn der Nachmittagssitzung trug der Vorsitzende den Fall Brandt vor. Die Verhandlung wurde daraufhin bis Dienstag vertagt und wird voraussichtlich bis Ende der Woche dauern.

Urteil im Parchimer Prozeß.

Schwere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Leipzig, 16. März. **Nach dem Plädoyers des Oberreichsanwalts und der Verteidiger wurde Sonnabend abend das Urteil gesprochen? Der Angeklagte Höß wird wegen schwerer Körperverletzung und gemeinschaftlichen Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, der Angeklagte Zabel zu 9 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Zens zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Pfeiffer zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Miemeyer zu 12 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Jurisch unter teilweise mildernden Umständen zu 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Bormann wird wegen Beihilfe zur schweren Körperverletzung und wegen Begünstigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Fricke wegen Begünstigung zu 10 Monaten Gefängnis. Hoffmann, Thomsen, Mackensen, Wulbrede und Richter zu je 6 Monaten Gefängnis.**

*

Zur Begründung führt der Vorsitzende u. a. folgendes aus: Die Angeklagten gehören sämtlich einer Organisation an, die sich auf deutschvölkischer Grundlage gebildet hat. Sie haben in der unmenschlichsten Weise auf Kadow eingeschlagen, und zwar auf den Kopf, teils mit Stöcken und teils mit der Faust. Höß sogar mit einem Baumstamm. Was das Verbrechen anbelangt, so hat der Staatsgerichtshof angenommen, daß der Totschlag nicht mit Ueberlegung ausgeführt worden ist, wie die Anklage annimmt, sonst hätte auf Mord und Totschlag erkannt werden müssen. Der Oberreichsanwalt stellt den Antrag auf erneute Verhaftung des Angeklagten Bormann. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab. Hierauf läßt aber der Oberreichsanwalt den Angeklagten Bormann wegen Fluchtverdachtes von sich aus festnehmen und abführen.

Wahlvorbereitungen.

München, 16. März. Die Bayerische Volkspartei hat ihren Wahlaufruf für die Landtagswahlen erscheinen lassen, in dem sich u. a. folgender bemerkenswerter Passus befindet: „Bayern den Bayern. Die eingesessenen heimattreuen Bayern müssen sich endlich einmal aufraffen gegen die ewige Bevormundung und Störung von außen müssen durch eine kraftvolle einheitliche Politik der goldenen Mitte und der gesunden Vernunft die überspannten landfremden links- und rechtsradikalen Elemente abschütteln, die seit Jahr und Tag den Bestand Bayerns als ein eigenes Staatswesen mit bewußter Rüchsichtslosigkeit untergraben."

*

Berlin, 16. März. **Als Spitzenkandidat der Demokratischen Partei für den Wahlkreis Potsdam II wurde Reichsminister a. D. Dr. Dernburg aufgestellt.**

Hannover, 17. März. Der sozialdemokratische Parteivorstand im Wahlkreis Hannover hat entschieden, daß für die kommende Legislaturperiode des Reichstages von einer Kandidatur Noskes abzusehen sei. In der Begründung wird auf die amtliche Stellung Noskes als Oberpräsident der Provinz Hannover hingewiesen.

Ein Wahlsieg der Rechtsparteien.

Stadtverordnetenwahl in Potsdam.

Berlin, 17. März. Bei der Stadtverordnetenwahl in Potsdam haben die rechtsstehenden Parteien einen großen Wahlsieg errungen Es erhielten Stimmen: Deutschnationale 11 950, Deutsche Volkspartei 2514, Deutschsoziale 1753, Völkisch-sozialer Block 1416, Handel und Gewerbe 3906, Deutsch-Demokraten 1360, Zentrum 986, Vereinigte Sozialdemokraten 3392, Kommunisten 2289, Unabhängige Sozialdemokraten 434. Von den 35 685 eingeschriebenen Wählern haben 30 223, also 77 Prozent der Wahlberechtigten, gewählt. Die Marxisten verlieren 35 Prozent.

*

Dieses Ergebnis übertrifft alle Erwartungen. Der Zusammenbruch der sozialistischen Parteien ist katastrophal. Während bei den Wahlen von 1919 Mehrheitssozialisten und Unabhängige zusammen 9346 Stimmen erhielten, schrumpften sie gestern auf ungefähr 3890 Stimmen, d. h. auf ungefähr 40 Prozent ihrer ehemaligen Stärke, zusammen. Von den 5500 Wählern, die sie verloren haben, ist der kleinere Teil zu den Kommunisten, der größere nach rechts gegangen. Besonders glänzend ist das Ergebnis für die Deutschnationalen, die die Hälfte aller bürgerlichen Stimmen auf sich vereinigt haben.

Die Gemeindewahlen am Rhein genehmigt.

Koblenz, 17. März. Nachdem gestern von zuständiger Stelle mitgeteilt war, daß die Rheinlandkommission eine Entscheidung über die Zulassung der Gemeindewahlen im besetzten Gebiet noch nicht getroffen, vielmehr die Einspruchspflicht nochmals um 10 Tage verlängert habe, ist die Entscheidung nun doch erfolgt. Die Rheinlandkommission hat das Wahlgesetz vom 12. Februar 1924 und die sonstigen einschlägigen Bekanntmachungen genehmigt. Es bestehen also jetzt keine Schwierigkeiten mehr, die Wahlen zu den preußischen Gemeindevertretungen auszuschreiben.

*

Paris, 16. März. Dem „Echo de Paris" zufolge wird angenommen, daß die französischen Wahlen am 18. Mai abgehalten werden sollen. (Andere Blätter nennen nach wie vor den 11. Mai.) Das Blatt erinnert dann an die deutschen Wahlen, die am 4. Mai stattfinden sollen, und erwartet, daß sie ein Vordringen der Nationalisten und Parteigänger der Revanchepolitik bringen werden, was der französischen öffentlichen Meinung endgültig Klarheit darüber verschaffen werde, was in Deutschland gegen Frankreich getrieben wird, und zwar wie 1914 mit Unterstützung und unter Mitschuld nicht allein der politischen Parteien, sondern auch der Stimmung in der aufgehetzten öffentlichen Meinung.

Abwehr der deutschen Volkspartei

Am Mittwoch voriger Woche haben mehrere Mitglieder der Deutschen Volkspartei in Berlin eine „Nationalliberale Vereinigung in der Deutschen Volkspartei" gegründet. In einer Erklärung, die den Lesern bekannt ist, haben sie die Gründe klargelegt. Sachlich läßt sich natürlich darüber streiten, ob die Politik der Deutschen Volkspartei in den letzten Jahren immer richtig war. Im Interesse von Volk und Vaterland, denen die Partei zu dienen hat, ist es sogar notwendig, daß Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck gebracht werden. Wir halten es deshalb für zweckmäßig, schon heute, zumal die Gründung der „Nationalliberalen Vereinigung" auf dem Parteitag in Hannover am 29. und 30. März lebhafte Erörterungen hervorrufen wird, ohne Umschweife, klipp und klar zu erklären, daß die „Saale-Zeitung" die bisherige Politik der Parteileitung und der Fraktion des letzten Reichstags billigt, daß sie überzeugt ist, daß andere Wege als die von Dr. Stresemann eingeschlagenen nicht gangbar waren, und daß sie vollstes Vertrauen zu seiner Führung für die Zukunft hat.

Wir billigen denen, die anderer Ansicht sind, gern den ehrlichen Willen, das Beste zu wollen, zu. Wir erwarten, daß sie im Interesse der vaterländischen Sache, der die Deutsche Volkspartei dient, mit ihrer Ansicht bei den zuständigen Parteiinstanzen nicht zurückhalten. Wir verwahren uns aber auf das entschiedenste dagegen, daß durch Gründung einer Sondergruppe innerhalb der Partei und durch die Form ihrer Veröffentlichung ein Druck auf die Parteileitung zugunsten einer besonderen Meinung und, wie es fast den Anschein hat, zur Befriedigung von Kandidatenehrgeiz ausgeübt werden soll. Der neue Reichstag wird eine wesentlich andere Zusammensetzung haben als der alte. Da ist es nützlich und schädlich und zeugt von mangelndem politischen Verständnis, innerhalb der Partei mit schärfsten Mitteln sich über die Politik der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Der Blick muß vorwärts gerichtet sein, augenblicklich nur auf die Reichstagswahl, um dem deutschen Volke endlich ein arbeitsfähiges Parlament zu schaffen, in dem die Parteimacht der Sozialdemokratie gebrochen und die Links- und Rechtsradikalen zur Ohnmacht verurteilt sind.

* * *

Die „Nationalliberale Vereinigung".

Berlin, 16. März. Der für den 15. März nach Berlin einberufene Parteivorstand der Deutschen Volkspartei nahm zu der in der Presse veröffentlichten Gründung „Nationalliberale Vereinigung der Deutschen Volkspartei" Stellung. Mit Ausnahme eines einzigen im Auslande weilenden Mitgliedes war der Parteivorstand vollzählig erschienen. Der Parteivorstand bestätigte einmütig die bereits am 13. März von den in der Reichshauptstadt weilenden Mitgliedern des Parteivorstandes abgegebene Erklärung und stellte erneut einstimmig fest, daß die Gründung einer politischen Sonderorganisation in der Partei unmöglich und für die Partei untragbar sei. Die aus dem Lande einlaufenden zahlreichen Kundgebungen, die sich ausnahmslos gegen diese Zersplitterung in der Partei wenden, zeigen, daß die Partei im Lande auf dem gleichen Boden steht.

Es bleibt danach dem kleinen Kreis der Gründer nichts anderes übrig, als entweder die Vereinigung wieder aufzulösen oder aber aus der Partei auszuscheiden. Sie werden sich bald zu entscheiden haben, da, wie wir hören, in der nächsten Zeit auch der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei zusammentritt. Das letzte Wort in der Sache hätte ja dann noch der Parteitag der Ende März in Hannover stattfindet.

Wybert gegen Husten

Kin erwägenreifen alle Grössen billigst Gummi-Bieber. Gr Steinstrasse 81, Nähe Markt

Der Meister.

Ein Kriminalroman von Ludwig Kapeller.

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Haben Sie Vertrauen zu uns, Fräulein Niedorf. Wir haben doch beide gleich mächtig den Wunsch, den Tod Ihres Herrn Verlobten restlos aufzuklären!"

„Ich glaube nicht, daß er sich selbst getötet hat!" stieß Henriette hervor.

Wiemann war überrascht, aber er faßte sich schnell und sprach weich und leise auf sie ein: „Sehen Sie, wir neigen auch dieser Ansicht zu. Und wir glauben, daß Sie die einzige sind, die uns in unseren Bemühungen unterstützen kann. Denn Sie sind, außer Ihrem Herrn Vater, die einzige, die Herrn Lank näher kannte und über seine Gesellschaften unterrichtet ist. Deshalb haben wir Sie gebeten . . ."

Henriette schien erleichtert aufzuatmen; aber sie fand keine Worte.

„Also Sie riefen vorgestern abend gegen halb acht Ihren Verlobten an? . . ." half ihr Wiemann.

Henriette nickte stumm.

„Darf ich fragen, warum Sie gerade um diese Zeit . . ."

Sie hob die Schultern ein wenig: „Ich weiß es nicht, Herr Kommissar; ich kann es wirklich nicht sagen. Ich fühlte plötzlich eine Unruhe, eine Angst in mir und wollte wissen . . ."

„Nun, was wollten Sie wissen?"

„Ob er noch lebt. Er war da ist. Ich weiß nicht, wie ich auf den Gedanken kam; aber ich fühlte es; daß irgendetwas geschähe. Da habe ich angerufen."

„Und als die Verbindung getrennt wurde, hörten Sie eine fremde Stimme?"

Henriette hob den Kopf: „Habe ich das gesagt? Ich weiß es nicht. Ich habe . . ." Sie wurde unruhig und senkte unter Wiemanns fragendem Blick wieder den Kopf.

„Sagen Sie doch alles, Fräulein Niedorf!"

Wie unter dem Zwang dieser eindringlichen Mahnung gab sie zu, daß sie im Hörer eine fremde Stimme gehört habe.

„Dann haben Sie mehreremal versucht, die Verbindung wieder herzustellen, und als sich niemand meldete . . ."

Henriette schwieg.

„Was haben Sie dann getan?"

„Sie schien angestrengt nachsinnen; aber bevor ihre Gedanken sich bis zu den Lippen fanden, gab Wiemann mit ungewohnter Schärfe: „Dann sind Sie aus dem Hause gelaufen, haben an der Kaiserallee eine Kraftdroschke genommen und sind nach der Eichenstraße gefahren . . ."

Henriette hatte bei den ersten Worten den Kopf gehoben: nun sank sie kraftlos in sich zusammen, und aus ihren Wangen wich das letzte Blut.

„Warum haben Sie uns das nicht gleich gesagt, Fräulein Niedorf! Sie hätten uns viel Arbeit gespart!"

Henriette antwortete nicht; nur ein Fieberschütteln durchlief ihren Körper.

„Sie sind also nach der Eichenstraße gefahren, gingen von der Haltstraße zu Fuß bis zu dem Hause . . ."

Mühsam raffte sie sich auf und nickte: „Ja, Herr Kommissar. Aber das Haus war verschlossen, und auf mein Klingeln antwortete niemand."

„Was taten Sie nun?"

„Da ich die Fenster meines Verlobten erleuchtet sah und auch den Schatten seines Armes, war ich zunächst beruhigt und wollte sofort nach Hause zurückkehren . . ."

„Aber? . . ."

Henriette zögerte wieder: „Als ich . . . ein paar Schritte gegangen war, hörte ich ein Geräusch hinter mir und sah eine Gestalt aus dem Hause meines Verlobten kommen."

Wiemann streckte den Kopf vor wie ein Jagdhund auf einer frischen Fährte. „Nun . . . und?" stieß er hervor.

„Die Gestalt eilte davon, und ich schleppte mich nach Hause."

„War es ein Mann oder eine Frau?"

Henriette rang mit ihrem Gedächtnis; sie wand sich unter dem Blick des Kommissars wie in einer entsetzlichen Scham: dann nickte sie scheu und flüsterte: „Es war . . . eine Frau!"

Wiemann verschoß noch Einzelheiten von ihr zu erfahren; aber Henriettes Kräfte waren erschöpft; sie war einer Ohnmacht nahe.

Da geleitete sie Wiemann sorglich zur Tür und gab einem der Beamten Weisung, sie in ihre Wohnung nach Steglitz zu bringen.

Dann lief er hinauf zu Regierungsrat Dr. Schwarz: „Die Sache klärt sich. Der Täter ist wahrscheinlich eine Frau, die Lank aus Eifersucht ermordet hat! Und er berichtete über Henriettes Aussage.

„Dann wird es nicht schwer sein, die Täterin zu ermitteln," sagte der Regierungsrat, „denn nun verengt sich der Kreis der Verdächtigen auf jene Art der Zufalls- oder Affektverbrecher, die nicht lange die Kraft behalten, sich zu verbergen."

Wiemann war der gleichen Ansicht und ging sofort an die Arbeit, um alle Maßnahmen für die Aufnahme der neuen Spur einzuleiten; dazu gehörte vor allem, über die Vergangenheit des Ermordeten Näheres zu erfahren, um den Kreis der Personen zu ermitteln, die ihm nahegestanden hatten.

VI.

Wiemann saß in seinem Arbeitszimmer und hatte den Text zu einem neuen Plakat vor sich in dem, mit einem Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung die Oeffentlichkeit ersucht wurde, der Kriminalpolizei Mitteilung zu machen, wenn irgendjemand in der Nacht des Mordes eine Frauensperson beobachtet habe, die sich durch auffaretges Wesen verdächtig gemacht hatte.

Der Kriminalkommissar verbrach sich wenig von dieser Flucht in die Oeffentlichkeit; aber es blieb kein anderer Weg, denn alle Nachforschungen der Polizei waren vergeblich.

Die Auskünfte aus Dänemark waren noch nicht eingetroffen, und man tappte vollkommen im Dunkeln. Der Ermordete war immer noch bestattet worden, und ein großes Aufgebot von Beamten hatte den Trauerzug und den Friedhof beobachtet, um irgendeine verdächtige Aeußerung aufzufangen; denn es war möglich, wenn nicht wahrscheinlich, daß die Mörderin versuchen würde, an der Beerdigung teilzunehmen. Aber trotz schärfster Aufmerksamkeit war unter den vielen Neugierigen, die den Sarg begleiteten, nichts Verdächtiges bemerkt worden. Henriette Niedorf war am Grabe ihres Verlobten niedergebrochen und mit Mühe von ihrem Bruder nach Hause geschafft worden; dem Staatsanwalt hatte man den Tod seines Schwiegersohnes verheimlicht, um seinen noch immer sehr schonungsbedürftigen Zustand nicht aufs neue zu erschüttern.

Seit Lanks Ermordung waren nun vier Tage vergangen und jede Ermittlung, die den rätselhaften Fall seiner Aufklärung näherzubringen schien, verwickelte ihn noch mehr. Wenn Wiemann das Ergebnis aller Untersuchungen betrachtete, so mußte er sich eingestehen, daß man seit der Entdeckung der Tat nicht um einen einzigen Schritt vorwärts gekommen war.

Er blätterte mißmutig in dem Aktenbündel, das inzwischen aber bem „Fall Lank" angewachsen war; er vergegenwärtigte sich noch einmal alle Einzelheiten der Untersuchung, erwog alle Möglichkeiten; aber die einzigen Beweisstücke, die auf eine bestimmte Spur hätten lenken können, waren die Fingerabdrücke, die er für die des Täters gehalten hatte.

Wiemann entschloß sich plötzlich, diese Spur noch einmal nachzuprüfen.

Er ging hinunter in die daktyloskopische Abteilung, sprach selbst mit dem Leiter und ließ sich noch einmal die Abdrücke vorlegen. Auch jetzt wieder glaubte er bestimmt Verschiedenheiten in den einzelnen Hautlinienbildern erkennen zu können; besonders deutlich schien ihm der Unterschied zwischen dem Abdruck auf dem Tresorschlüssel und jenem auf dem Brief, in dem die Kinokarten geschickt worden waren.

„Haben Sie die Abdrücke wirklich genau messen lassen?"

„Nein, wir haben aber die absolute Identität durch unsere Apparate festgestellt."

„Ist denn jeder Irrtum ausgeschlossen?" fragte Wiemann mit leiser Verzweiflung.

„Ich gebe zu, Herr Kommissar, daß die Abdrücke scheinbar gewisse Verschiedenheiten aufweisen; aber die Aehnlichkeiten sind so markant, daß ein Irrtum ausgeschlossen erscheint. Bedenken Sie, bitte, daß nicht zwei unter Millionen von Menschen die gleichen Hautlinien haben; da wäre eine so frappante Aehnlichkeit ein ganz unglaublicher Zufall."

„Aber ich erkenne doch schon mit dem unbewaffneten Auge Verschiedenheiten!"

„Die sich jedoch unter dem Mikroskop als Gleichheiten herausstellen; Sie vermechseln die Stärke, Breite und Tiefe des Abdrucks mit den Linien selbst, Herr Kommissar!"

Wiemann wollte sich enttäuscht zur Tür wenden.

„Aber warten Sie: wir können ja einmal die Abdrücke, die Sie für die des Toten halten, vom Erkennungsdienst riesen und feststellen lassen. Vielleicht . . ."

Wiemann drückte dem Kollegen dankbar die Hand; er hatte nicht viel Hoffnung.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240318011/fragment/page=0002